Düngerecht und Pflanzenschutz

Runder Tisch Nährstoffmanagement tagte in Rendsburg



Gewässerrandstreifen sind ein effizientes Instrument zum Schutz vor unerwünschten Stoffeinträgen.
Foto: Landpixel

Zentrale Gewässerschutzthemen rund um Düngung und Pflanzenschutz diskutierte der Runde Tisch Nährstoffmanagement (RTN) der Allianz für den Gewässerschutz Schleswig-Holstein bei seinem jüngsten Treffen in Rendsburg. Neben Forschungsergebnissen wurden neue Fördermöglichkeiten sowie Fortschritte in verschiedenen Facharbeitsgruppen vorgestellt.

Aus der Arbeitsgruppe (AG) zur Umsetzung des Düngerechts berichtete Imke Wetzig aus dem Kieler Landwirtschaftsministerium (MLLEV), dass alle Bundesländer verpflichtet seien, die Landesdüngeverordnung alle vier Jahre zu evaluieren. Die AG habe dazu im Herbst mehrere Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Umsetzbarkeit geprüft. Momentan sei der Vollzug der Regelungen mit Bezug auf die roten Gebiete ausgesetzt. Zum Schutz von Grundwasser und Gewässern wird weiterhin empfohlen, die bisherigen Vorgaben der Landesdüngeverordnung in der Düngeplanung zu berücksichtigen.

Ostseeschutz geht voran

Dr. Michael Trepel vom Kieler Umweltministerium (MEKUN) informierte über den Stand des Aktionsplans Ostseeschutz 2030 hinsichtlich der Nährstoffminderungsmaßnahmen: Das Land werde unter anderem die Gewässerschutzberatung fortführen und das Förderprogramm zur Modernisierung von Kläranlagen weiter abarbeiten, nachdem bereits 15 Anlagen im Bereich der Phosphorfällung modernisiert wurden. Auch die Wiederherstellung von Feuchtgebieten bleibe ein zentrales Anliegen – exemplarisch nannte Trepel die Planungen zur Renaturierung der Hagener Au.

Dr. Thorsten Reinsch (MLLEV) stellte den Sachstand bei der Umsetzung der Zielvereinbarung Landwirtschaft vor. Bis Oktober 2025 hätten alle Ostseebeiräte fristgerecht ihre Umsetzungspläne vorgelegt. Geplant sei, gewässerschonende Maßnahmen auf mehr als 90.000 ha umzusetzen. Die Ostseebeiräte arbeiteten bereits an der Bewerbung der Maßnahmen. Begleitend dazu würden, durch das Land finanziert, Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie ein flächendeckendes Gewässermonitoring aufgebaut.

Rückstände nachgewiesen

Ein Schwerpunkt des Treffens war der Bericht von Katja Westphal vom Landesamt für Umwelt (LfU) über Sonderuntersuchungen an der Ammersbek von 2020 bis 2021. Anlass war, dass sich der gute ökologische Zustand trotz niedriger Nährstoffeinträge nicht eingestellt hatte. Nachgewiesen wurden verschiedene Stoffe mutmaßlich landwirtschaftlichen Ursprungs, darunter Flufenacet, sowie Rückstände von Mitteln, wie Imidacloprid, das heute unter anderem noch in Flohhalsbändern von Haustieren zugelassen ist. Auch Terbutryn – vermutlich aus Fassadenfarben – fand sich im Gewässer. Besonders kritisch waren Stoßbelastungen nach Starkregen, bei denen sich Stofffzahl und -konzentrationen stellenweise verzehnfachten. Die Kombination mehrerer Wirkstoffe könne die Auswirkungen auf Wasserpflanzen und Makrozoobenthos verstärken. Auch geringe Grundbelastungen könnten durch punktuelle Einträge – insbesondere bei Starkregen – erhebliche ökologische Schäden verursachen.

Dr. Gert Petersen (MLLEV) stellte die Aktivitäten des Landes zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes vor. Der Koalitionsvertrag setze auf eine Reduktion in allen Bereichen, unter anderem durch Förderung von Alternativen und praxisnahe Unterstützung für Anwender. Bausteine zur Reduktion seien Schulung und Beratung, die Förderung gewässerschonender Fruchtfolgen (siehe Ausgabe 8) sowie Kontrollen. Diese würden sowohl systematisch als auch anlassbezogen auf den Betrieben durchgeführt. Ein Schwerpunkt liege derzeit auf der Kontrolle von Abstandsauflagen zu Gewässern.

PFAS im Fokus

Sogenannte „Ewigkeitschemikalien“ (PFAS) stehen zunehmend im Zentrum fachlicher und politischer Diskussionen. Ihre Anwendung ist breit gefächert. Dr. Anita Peter (MEKUN) erläuterte das PFAS-Sonderprogramm des Landes Schleswig-Holstein für Boden und Grundwasser. Aufgrund des großflächigen Gebrauchs von PFAS laufe seit drei Jahren ein EU-Verbotsverfahren, das jedoch voraussichtlich nicht zu einem vollständigen Verbot führen wird. Die Bandbreite der Einsatzbereiche gilt als zu groß, um pauschale Einschränkungen durchzusetzen. Gleichzeitig würden PFAS immer häufiger in Böden und Gewässern nachgewiesen, was eine systematische Untersuchung erforderlich mache. Angesichts der Dynamik des Themas und der möglichen Auswirkungen auf Landwirtschaft, Umwelt und Betriebsmittelversorgung wurde entschieden, die Entwicklungen in der AG Spurenstoffe erneut aufzugreifen und dort zu beraten.

Maike Newe, BVSH

Leserbrief

Verdreifachung der Mittel ist nicht genug

Zur Aufstockung der Entschädigungsmittel für Gänsefraß erreichte uns folgende Zuschrift:

Es ist absolut zu begrüßen, dass die Landesregierung die Mittel für die Entschädigung im Rahmen der Wildgänserichtlinie aufstockt. Wobei es immer noch erstaunlich ist, dass das Grünland vernachlässigt wird. Eine Verdreifachung ist immer noch nicht genug. Gerade beim Grünland können sich Landwirte nicht anpassen. Es gibt ein Umbruchverbot. Grünland hat einen hohen Wert für die Gesellschaft, zum Beispiel für Biodiversität und als CO_2-Senke.

Eine große Ungleichheit entsteht dadurch, dass Betriebe durch Vertragsnaturschutz weit weniger Schadenausgleich bekommen. Dabei muss doch im Interesse des Landes sein, dass die Betriebe im Kerngebiet der Gänseschäden gleichgestellt werden. Sonst wandern Flächen aus dem Vertragsnaturschutz ab.

Mit Erstauen habe ich gelesen das Landwirtschaftsministerin Cornelia Schmachtenberg (CDU) es hinbekommen will, den Gänsedruck zu verringern. Wir haben allein auf Pellworm bis zu 70.000 Gänse.

Jörg Backsen
25849 Pellworm

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Diese behält sich das Recht vor, bei Bedarf Zuschriften sinnwahrend zu kürzen.